

Standpunkte 11/ 2006

Informationsdienst des Münchner Forums e.V.

ISSN 1861-3004



Schellingstraße 65, 80799 München
☎ 089 282076, info@muenchner-forum.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
04.10.2006 Redaktion: Gernot Brauer

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im nächsten Jahr bekommt München einen neuen Stadtplanungsreferenten – Grund genug für das Münchner Forum, diesem zukünftigen Stadtminister einiges mit auf den Weg zu geben. Der Forums-Arbeitskreis „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ hat in den letzten Monaten einen **Zehn-Punkte-Plan zur Stadtentwicklung** erarbeitet. Mit ihm starten wir unsere heutige Standpunkte-Ausgabe. Dieses Papier werden wir nicht nur allen Bewerbern um dieses Amt zuleiten, sobald ihre Namen öffentlich sind, sondern sie auch hierzu befragen. Dazu planen wir ein öffentliches Hearing. Mehr auf Seite 2.

Wie **die Stadt für ältere Menschen** aussehen muss, hat ein Fachtag des Sozialreferats erörtert. Details auf Seite 4.

Über die erstaunliche Kraft von **Bürgerinitiativen bei der Stadterneuerung** in Nordrhein-Westfalen informieren wir auf Seite 6 – ein Modell auch für Bayern und München?

Der Forums-Arbeitskreis Bildung will sich im Spätherbst in einer öffentlichen Debatte mit Fragen des **Schulhausbaus** beschäftigen. Näheres auf Seite 8.

Die Bahn vermietet bekanntlich nicht nur Plätze in Zügen, sondern auch auf Fahrrädern. Inzwischen kann man bei ihr sogar Autos mieten. Mehr zu **Rad- und Car Sharing** – übrigens nicht nur bei der Bahn – ebenfalls auf S. 8.

Zum Stadtjubiläum 2008 hat das Forum eine **Ausstellung „Münchner Maßstäbe“** ins Gespräch gebracht und inzwischen dem federführenden Referat für Arbeit und Wirtschaft vorgestellt. Worum es geht, schildern wir auf Seite 9.

Um den Streit über den **Bau von Moscheen** in Deutschland ging es in der gemeinsamen Reihe der Volkshochschule und des Münchner Forums unter dem Titel „Wenn der Muezzin ruft“ am 4. Oktober im Gasteig. Mit einem Bericht hierüber auf Seite 11 und einem anschließenden **vorweihnachtlichen Hinweis** auf Seite 13 schließen wir diesmal ab.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Czisch
Vorsitzender des Programmausschusses

INHALT:

AK „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ beschließt Leitsätze zur Stadtentwicklung:

München morgen: geplant, gestaltet, erlebbar S. 2

Die Stadtbevölkerung wird älter. Was heißt das für das Leben älterer Menschen?

Alte Menschen wollen bleiben, wo sie sind: im Quartier S. 4

Das Land Nordrhein-Westfalen hilft mit Geld, und Bürger entwickeln ihre Städte:

Was Bürgerinitiativen in NRW leisten, ist erstaunlich S. 6

Forums-Arbeitskreis Bildung bereitet Podiumsdiskussion zum Schulausbau vor:

Am 21. 11. 06 geht es um Schulgebäude S. 8

Das ist Mehrweg-Mobilität:

Car Sharing jetzt auch am Flughafen mit der Bahn S. 8

Ein Projekt zum Münchner Stadtjubiläum 2008

Münchner Maßstäbe S. 9

Wie verändern Moscheen unsere Städte?

Wenn der Muezzin ruft – zum Streit um Moscheenbau S. 10

In drei Monaten ist wieder Weihnachten. Ein Geschenk gefällig?

Münchens Abreißkalender ist neu erschienen S. 11

IMPRESSUM

Münchner Forum e.V.
Schellingstr. 65, 80799 München
verantwortlich: U. Ammermann

AK „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ beschließt Leitsätze zur Stadtentwicklung:

München morgen: geplant, gestaltet, erlebbar

Der Arbeitskreis „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ des Münchner Forums legt den Bürgern und den Bürgervertretern die folgenden zehn Leitsätze zur Diskussion vor. Er regt mit ihnen eine Debatte in München darüber an, was die Stadt von ihrer künftigen Entwicklung erwartet und wie sie sie beeinflussen will. Er beabsichtigt, auch die Kandidaten für das Amt des Stadtbaurates zu befragen, wie sie sich zu diesen Leitsätzen äußern. Die einzelnen Aussagen sind in einer längeren Fassung durch Beispiele belegt; wenn Sie sich für diese Fassung interessieren, rufen Sie bitte in der Geschäftsstelle des Forums an oder laden Sie sich den Text von der Forums-Website herunter. Das Münchner Forum ist offen für Anregungen, Kommentare und Alternativvorschläge, die konsensfähig sind. Der Arbeitskreis erwartet vom Stadtrat, diese Debatte zu unterstützen und einen im Detail flexiblen, aber in seinen Grundsätzen klaren Rahmen für die Münchner Stadtgestalt zu schaffen. München hat dazu die Kraft und sollte diese Chance nutzen.

München hat die Chance und die Kraft, seine Zukunft aktiv zu gestalten. Die Stadt als geschichtlich gewachsene und zukunfts offene Kommune hat Planung lange als Möglichkeit und Verpflichtung begriffen, Stadtentwicklung mit zeitgenössischen Mitteln so zu organisieren, dass Zukunftspotenziale nutzbar werden, ohne ihre Kontinuität zu gefährden. München lebt davon, dass seine überkommene Eigenart und seine Weiterentwicklung ausbalanciert sind und bleiben.

Das geschieht jedoch nicht von selbst. Verantwortlich ist im Auftrag des Stadtrats das Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt. Seine Leitung wird 2007 neu besetzt. Das Münchner Forum nimmt das zum Anlass, auf Grundsätze der Stadtentwicklung hinzuweisen. Es wird sie im bürgerschaftlichen Dialog diskutieren, um damit zusätzliche Anregungen für eine konsensfähige Stadtentwicklung zu geben.

Der Stadtrat hat die Aufgabe, Prinzipien der Stadtgestaltung erarbeiten zu lassen (durchaus auch mit Hilfe von Wettbewerben) und im Dialog mit den Bürgern und der Verwaltung zu beschließen. Er kann aber nicht alles Wettbewerbsgremien überlassen, die nur von Fall zu Fall zusammentreten. Weder Architekten noch Investoren noch Stadtplaner können diese übergeordneten Aufgaben als Fachpreisrichter *ad hoc* richtig lösen. Sie müssen langfristig entwickelt werden und Gültigkeit haben, um als grundlegende Eckdaten und Richtungsbeschlüsse stadtverträglich zu wirken.

Die Stadtgestalt ist für die Entwicklung der Stadt von grundlegender Bedeutung. Sie wird auf zwei Ebenen beeinflusst: durch Stadtplanung und durch Architektur. Die gestaltende Stadtplanung fußt auf infrastrukturellen, technischen und sozialen Erfordernissen, die Architektur auf baulichen Einzellösungen. Beide prägen das Stadtbild. Die Architektur folgt jedoch kürzeren zeitlichen und formalen Strömungen als die Stadtplanung, die langfristige Perspektiven braucht. Brüche in der Stadtentwicklung, die diese Kontinuität ohne weitsichtige Perspektive unterlaufen, schädigen die Stadtgestalt auf lange Zeit und sind nur schwer in neue Strukturen einzubinden.

Der Stadtrat darf sich der öffentlichen Debatte um die künftige Stadtgestalt nicht entziehen. In ihr geht es nicht um ein schein tolerantes „Warum eigentlich nicht?“, sondern um nachvollziehbare, nachhaltige Grundsatzgestaltung. Auf dem Konsens über das Bild der Stadt basieren die Attraktion Münchens und die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt.

Die Konsequenz: München braucht einen Stadtgestaltungsplan, der eine zukunftsweisende Weiterentwicklung als bewussten Umgang mit der gewachsenen Struktur der Stadt versteht und plant. Erforderlich sind nach Überzeugung des Münchner Forums eine Debatte und danach ein Beschluss, für die das Münchner Forum die folgenden **zehn Leitsätze** vorlegt.

1. Münchens Topografie gibt der Stadt Gestalt und Charakter.

Ihre prägenden Elemente sind die Alpen im Süden Münchens, die vom Süden nach Norden abfallende Schotterebene, die eiszeitlichen Hangkanten, die Isar mit ihren Ufern, die Würm und der Hachinger Bach, die Stadtbäche und die kurfürstlichen Kanäle. Topografische Gegebenheiten sind großräumig Orte für charaktervolle Gebäude und Stadtbalkone, kleinräumig für das lebendige Stadterlebnis. Münchens charakteristische Topografie ist jedoch gefährdet. Ein bewusster Umgang mit geografischen, stadträumlichen Voraussetzungen muss wieder Grundlage werden.

2. Die geschichtliche Dimension der Stadt macht München unverwechselbar.

Die historische Stadt mit ihren zwei ehemaligen Mauerringen hat eine eigene Qualität, die die heutige Fußgängerzone nicht mehr widerspiegelt. Die geschichtliche Dimension muss erlebbar bleiben. Einzelne Wahrzeichen zu pflegen genügt dazu nicht. Auch Bereiche der inneren Stadt, die heute Hinterhofcharakter haben oder nur Verkehrsfunktionen aufweisen, müssen und können ihre historischen Bezüge wieder erhalten.

3. Bayerische Identität und weltoffene Zukunft müssen ausbalanciert bleiben.

Zur gewachsenen Qualität der Stadt gehört, dass sie eine bayerische Stadt mit nach wie vor lebendiger Verflechtung zum bayerischen Oberland ist. Dies ist an vielen Stellen der Stadt erlebbar und Teil ihrer Lebensqualität. So haben die Bereiche Viktualienmarkt – Tal – Hofbräuhaus und ehemalige Dorfkerne noch ein spezifisches bayerisches Flair, das erhalten und gestärkt werden muss. Als gewachsene europäische Stadt muss München die Identitätsbereitschaft seiner Einwohner stärken.

4. München ist auf sein Zentrum orientiert und soll es bleiben.

Die Stadterweiterungen des 18. und 19. Jahrhunderts strahlten sämtlich vom Zentrum aus und stellten dessen Rang nicht in Frage. Auch die Staffelbauordnung des 20. Jahrhunderts richtete sich nach dem Zentrum aus. Die Idee von Entlastungsstädten „neben der Stadt“ ist längst aufgegeben. Die Innenstadt bleibt Münchens urbanes Zentrum und die Stadt insgesamt als Einheit erlebbar. Die Stadtentwicklung muss die Einheit Münchens weiterhin zur Grundlage machen.

5. Das Zentrum muss seine Maßstäblichkeit behalten.

Die Urbanität der Münchner Innenstadt beruht u.a. auf kleinteiliger Parzellierung und einer hierauf fußenden baulichen und gestalterischen Vielfalt. Das Zusammenlegen kleinerer Parzellen und die Errichtung großer Gebäudekomplexe verändern die wesentlichen Gestaltungsmerkmale nachteilig. Die Attraktivität nicht nur der Innenstadt basiert auf den ausgewogenen Proportionen von Gebäuden, Straßen und Plätzen mit einer ausgewogenen, menschlichen Maßstäblichkeit der öffentlichen Räume, welche Kommunikation ermöglichen und fördern. Hierzu gehört auch eine auf den Menschen bezogene Höhenentwicklung. Ziel bleibt die europäische Stadt, zu der auch eine gute Mischung zwischen Wohnen, Arbeiten und zentralen Einrichtungen gehört.

6. Ausweitungen des Zentrums dürfen nicht schleichend erfolgen.

Ausfallstraßen aus dem Zentrum wie z.B. die Nymphenburger- der die Leopoldstraße sind von einzelstehenden Pavillonbauten geprägt. Greifen Zentrumsfunktionen auf solche Stadtquartiere über, muss dies planvoll, maßstabsgerecht und im Konsens mit stadtgestalterischen Grundsätzen geschehen. Der Bau oder Ausbau von Subzentren sowie von Gewerbezentren hat den Primat des Zentrums zu berücksichtigen.

7. Stadtreparatur ist eine Chance, neue Qualitäten zu schaffen.

Mit der Stadtplanung verzahnte Aktivitäten von Investoren entwickeln die Stadt und verändern ihr Bild und ihre Leistungskraft grundlegend. Es ist Aufgabe und Chance der Stadt, solche Investitionen so zu lenken, dass die Stadtgestalt in ihrem Gesamtzusammenhang profitiert und Strukturfehler überwunden werden können.

8. Höhenentwicklung und radiale Struktur erfordern einen Gesamtplan.

Münchens erste Hochhausstudie (Schreiber) belegt, dass es neben Verdichtungen weite grüne Bereiche mit lockerer und niedriger (Gartenstadt-) oder ohne Bebauung gibt. Diese gefährdete Struktur greift in die Region über und bedarf einer langfristigen Rahmenplanung, um mit der Durchgrünung auch die Durchlüftung der Stadt zu gewährleisten. Die Höhenentwicklung ist in gewachsenen Strukturen, in Sichtachsen und bei topografischen Besonderheiten sensibel zu beurteilen. In der äußeren Stadt sind die gewachsenen radialen Stadtachsen zunehmend durch Tangenten verbunden. Auch das erfordert über die Analyse der einzelnen Orte hinaus eine bewusste Rahmenplanung, um in einem gesamtstädtischen Planungsansatz spannungsvolle urbane Bezüge zu schaffen.

9. Die Landschaft der Region 14 und München sind eine Einheit.

Der vorbildliche öffentliche Verkehr in und nach München hat den Individualverkehr in Grenzen gehalten, aber das Umland dieser Region so luxuriös erschlossen, dass dessen Zersiedlung voranschreitet. Der Regionale Planungsverband der Region 14 hat zu geringe Kompetenzen, um eine nachhaltige Entwicklung gegen Partikularinteressen einzelner Gemeinden durchsetzen zu können. Um eine weitere planlose Zersiedlung des Umlands zu minimieren, sind neue Formen der kommunalen Kooperation zwingend erforderlich.

10. Die Metropolregion München hat Wachstumschancen.

Eine auch nur rudimentäre Plattform für koordiniertes Handeln in der Metropolregion¹ München besteht bisher aber nicht. Sie muss eingerichtet werden und im engen Einvernehmen mit dem Freistaat und den Städten und Gemeinden der Metropolregion eine für alle Beteiligten einsichtige und tragfähige Perspektive entwickeln.

Die Stadtbevölkerung wird älter. Was heißt das für das Leben älterer Menschen?

Alte Menschen wollen bleiben, wo sie sind: im Wohnquartier

Wer heutzutage in ein Altersheim zieht, ist durchschnittlich 86 Jahre alt. Längst vorbei sind die Zeiten, da Altenheime zur Pensionierungsgrenze ohne zwingenden Grund als eine ernsthafte Alternative für den „dritten Lebensabschnitt“ galten. Die Menschen wollen ihre nach dem Berufsleben neu gewonnene Freiheit in ihren eigenen vier Wänden genießen. Da immer mehr Menschen immer älter werden, stellt das die Städte vor wachsende Aufgaben. In einem Vergleich mit anderen Kommunen hat das Sozialreferat jetzt erörtert, was das bedeutet.

Ein Dutzend Sozialbürgerhäuser gibt es in München. Sie sind Anlaufstellen zwar nicht nur für alte Menschen, erleichtern den Behördenkontakt aber gerade denen, für die weite Wege beschwerlicher werden. In 28 Alten- und Servicezentren können ältere Menschen sich treffen, fünf solcher Zentren soll München nach Auskunft von Sozialreferent Friedrich Graffe noch zusätzlich bekommen. 1300 zusätzliche Pflegeplätze will die Stadt in den nächsten zehn Jahren anbieten können, zur Hälfte in traditionellen Pflegeeinrichtungen, zur anderen Hälfte auf Basis mobiler Pflegedienste für das Leben zuhause.

Aber es gibt auch Probleme: Zuständig für die Steuerung der ambulanten Pflege ist die Kommune, für stationäre der Bezirk. Das funktioniert nach Graffes Erfahrung nicht gut. „Die Pflege“, sagte Graffe auf einem gut besuchten Fachtag am 19. September im Bürgerhaus Milbertshofen, „muss insgesamt eine kommunale Aufgabe werden.“ Für das Rathaus sei es schon schwierig

¹ Sie umfasst den Bereich, aus dem 80% aller Einpendler kommen, und reicht von Landsberg/Lech und Augsburg im Westen über Ingolstadt im Norden bis nach Mühldorf und Rosenheim im Osten sowie im Süden bis an die Alpen.

genug, einzelne Versorgungsaufgaben in entlegenen Stadtteilen richtig zu beurteilen. Wie solle der Bezirk das zwischen Berchtesgaden und Ingolstadt besser können?

Sicherheit, Geselligkeit, eigener Hausstand – drei Kernwünsche älterer Menschen

Was alte Menschen in ihrem Quartier erwarten, um sich dort wohl zu fühlen, ist für Sabine Matzke von der Wohnbund-Beratung Nordrhein-Westfalen relativ klar: Überschaubarkeit und Sicherheit (wer vom eigenen Zimmerfenster aus den Eingang sehen kann, fühlt sich bereits wesentlich sicherer als sonst – dass München nach Wien die sicherste europäische Millionenstadt ist, spielt natürlich eine tragende Rolle), Geselligkeit (nicht nur in Zentren für alte Menschen, sondern auch mit Angeboten im öffentlichen Raum) und die eigene Häuslichkeit in den eigenen vier Wänden.

Für die Stadtentwicklung heißt das: Die zum Leben nötige Infrastruktur (Läden, Ärzte, Ämter) sollte nicht mehr als 500 Meter weit von der Wohnung entfernt sein. Mit Einkaufszentren auf der grünen Wiese kommen alte Menschen häufig nicht klar. Öffentliche Verkehrsmittel sollten in fußläufiger Entfernung Haltestellen haben. Und entlang der Wege, die alte Menschen gehen müssen oder wollen, sollte es genügend hoch konstruierte Bänke geben, damit sie dort nicht nur eine Verschnaufpause einlegen, sondern anschließend auch wieder ohne Hilfe aufstehen können.

In NRW geht man immer mehr dazu über, von der (vor allem evangelischen) Kirche nicht mehr benötigte Gemeindehäuser zu Bürgertreffs gerade für alte Menschen umzufunktionieren. Neben dieser baulichen Vorsorge geht es aber darum, in den Quartieren soziale Netze zu knüpfen. Wesentlich sei es, sagte Matzke, die Struktur der Hilfe zu wandeln. Alte Menschen bräuchten eine Person in der Nachbarschaft, die jederzeit ansprechbar sei: wo es einen Handwerker gibt, wo man bestimmte Dinge einkaufen kann, wo man spezifische Dienstleister findet und so fort.

Wo alte Menschen nahe beieinander wohnen, sei es nötig, dass sich die gegenseitige Hilfe entwickle. Jeder solle eine Aufgabe haben, nicht nur für sich, sondern nach Möglichkeit zugleich auch für andere. Das gelte besonders auch in Pflegewohngruppen. Sabine Matzke, eigentlich Architektin, sieht gerade in dieser Information und Beratung einen wesentlichen Hebel für ein auskömmliches Leben alter Menschen in ihrem Quartier. Diese Kommunikation sei aber noch „stark unterentwickelt“.

Altenwohnungen, sagte Matzke, sollten wo immer möglich keine Sonderwohnformen sein und schon gar keine Altenheime hinter abschirmenden Zäunen, sondern in den Stadtteil so gut wie möglich integriert werden. Drei probate Mittel machten alten Menschen das Leben in solchen Wohnungen angenehm: eine funktionierende Hausgemeinschaft, betreutes Wohnen und wo nötig ambulante Pflege.

München wird bis 2015 zwanzig neue ambulant betreute Wohngemeinschaften einrichten

Was in NRW gilt, gilt auch in München, wenn auch mit etwas weniger Brisanz. Denn München hat prozentual weniger alte Menschen als im Bundesdurchschnitt. Und das wird Klaus Illigmann vom Planungsreferat zufolge auch noch lange so bleiben. Dafür sorgt der Zuzug junger Menschen wegen der Attraktivität des Arbeitsplatzes München. Trotzdem: 23 Prozent der Münchner sind älter als 59 Jahre. Was sie vom Leben erwarten, ändert sich in den kommenden Jahren allerdings dramatisch. Die konservative Mitte der Gesellschaft schrumpft stark, moderne Performer, die auch im Alter nicht Däumchen drehen, Hedonisten und Experimentalisten wachsen in die Jahrgänge der Alten hinein. Sie erleben die Stadt anders, verhalten sich anders und wollen andere Wohnformen als alte Menschen bisheriger Generationen. München wird, wie David Stoll vom Sozialreferat erklärte, als eine Antwort von vielen hierauf in den nächsten zehn Jahren in der Stadt zwanzig ambulant betreute Wohngemeinschaften einrichten.

Wer soll diesen Wandel steuern und vor allem bezahlen? Darüber zerbrachen sich die Teilnehmer des Fachtages in Workshops den Kopf. Antwort 1: Wesentlich ist ein partnerschaftliches Umfeld, zum Beispiel das einer Wohnbaugenossenschaft. Nicht zufällig finden sich viele Ein-

richtungen der Altenpflege in Räumen, die städtische Wohnbaugesellschaften bereitgestellt haben. Antwort 2: Als Organisator braucht man einen Nachbarschaftshilfverein. Wo es keinen gibt, kann man einen gründen. Und Antwort 3: Wenig funktioniert ohne Ehrenamtliche. Sie zu vernetzen ist ganz entscheidend.

Joachim Boll von der startklar.projekt.kommunikation in Nordrhein-Westfalen machte das zum Abschluss des Fachtags in wenigen, aber überzeugenden Beispielen an kommunalen Bürgerprojekten in NRW klar. Er berichtete am selben Abend nochmals. Lesen Sie, was er sagte, bitte im nachfolgenden Bericht. Wenn Sie an den Details dieses Fachtags interessiert sind, können Sie ab Spätherbst eine Dokumentation einsehen. Sie wird bei helma.kriegisch@muenchen.de erhältlich sein. Ein Faltblatt über regionale Versorgungsstrukturen für ältere Menschen in München gibt es schon jetzt (Tel. 233-48351, altenhilfe.soz@muenchen.de). Gernot Brauer

Das Land Nordrhein-Westfalen hilft mit Geld, und Bürger entwickeln ihre Städte:

Was Bürgerinitiativen in NRW leisten, ist einfach erstaunlich

Für erfahrene Leute in der Kommunalverwaltung ist es ein Horror – in Nordrhein-Westfalen funktioniert es prächtig: Man nehme ein altes Haus, gern eine denkmalgeschützte, aber irgendwie funktionslos gewordene Immobilie, übergebe sie einem privaten Verein, verlange von dem ein klar umrissenes Sanierungs- und Nutzungskonzept und ködere dieses Engagement mit einem Scheck. Findet das Konzept Beifall unabhängiger Experten (nicht etwa einer Behörde), finanziert das Land bis zu 80 Prozent der Anschubkosten und – das ist der Knackpunkt – überlässt dem Verein die volle Verantwortung für das Projekt und damit auch für diese öffentlichen Gelder. Ein Muster auch für München und Bayern?

Was 1996 als Modellprojekt der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park in Nordrhein-Westfalen begann, ist in NRW inzwischen Routine geworden: dass man privaten Trägern große Summen öffentlichen Geldes anvertraut, damit sie Städte und in ihnen marode, aber erhaltenswerte Bausubstanz revitalisieren. 50 Projekte sind verwirklicht oder auf einem guten Weg, und nur eines war ein Flop. „Das sollen uns mal Existenzgründer nachmachen“, sagte Projektleiter Joachim Boll am 19. September auf einer Gemeinschaftsveranstaltung des Münchner Forums und des Vereins Urbanes Wohnen in der Friedrich Ebert Stiftung.

Das Prinzip: Das Land unterstützt bürgerschaftliche Gruppen und lokale Partnerschaften darin, Verantwortung bei der Stadterneuerung zu übernehmen, und zwar sowohl als Bauherr wie als Betreiber. Die Bürger, normalerweise als Verein, da und dort aber auch als Bürgerstiftung konstituiert, müssen über ein bestimmtes Gebäude ein klares Projektprofil ausarbeiten, eine Entwurfsplanung und einen Kostenplan (möglichst nicht nur eine Schätzung, sondern eine DIN-gemäße Berechnung) aufstellen, ein Träger- und ein Betreiberkonzept entwickeln, ein Betriebskonzept mit Jahreswirtschaftsplänen vorlegen, 20 Prozent Eigenanteil an den Gesamtkosten nachweisen (was teilweise über Spenden funktioniert, überwiegend aber in Form von Eigenleistungen am Bau erwirtschaftet wird – es gibt bewährte Verfahren, das zu bewerten), die Kooperationsbereitschaft der Kommune belegen können und lokale Netzwerke schaffen, damit das ganze Projekt Realisierungschancen erhält.

Welche Bürgerinitiative kann das? Jede, sagt Boll, die sich ernsthaft ins Zeug legt und sich von seinem Planerteam lange genug beraten lässt. Belege gefällig? In Schwerte hat ein Verein eine riesige Rohrmeisterei, größer als Münchens Muffathalle, zu einem vielbesuchten Stadtteilzentrum gewandelt. Was der Betrieb kostet, spielt die Gastronomie wieder ein. In Düsseldorf-Garath ist ein von der Schließung bedroht gewesenes kirchliches Gemeindezentrum zum offenen Bürgerzentrum für alle Generationen geworden. In Wuppertal hat ein Verein eine mehr-

stöckige frühere Textilfabrik komplett gekauft, saniert und die Obergeschosse an junge Firmen vermietet.

Erstaunlich ist, was Bürgerinitiativen in Nordrhein-Westfalen zustande bringen

Mit den Mieteinnahmen und den Erlösen der Gastronomie im Erdgeschoss finanziert er alles, was sonst noch im Erdgeschoss an bürgernahen Veranstaltungen läuft. In Wessels hat ein Verein einen völlig herunter gekommenen Bauernhof aufgekauft, saniert und zur Wohn- und Arbeitsstätte für schulumüde, auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbare Jugendliche gemacht, die dort nun zwischen Ackerbau und Viehzucht an ein eigenverantwortliches Leben gewöhnt werden. Der lange leer stehende Bahnhof Kettwig ist heute ein Kulturzentrum der Stadt. Auch er verdient sein Geld. Eine stillgelegte öffentliche Badeanstalt in Castrop-Rauxel, eine denkmalgeschützte Anlage aus den 20er Jahren, erwies sich mit ihrem abfallenden Schwimmbadboden als wunderbares open-air-Theater mit exzellenter Akustik. Am Dortmund-Ems-Kanal, abseits von Ibbenbüren, steht ein alter Kornspeicher. Seit ihn ein Verein gekauft und saniert hat, mietet sich der Kreis dort so oft mit Veranstaltungen ein, dass die Mieterträge die Betriebskosten tragen. Eine stillgelegte Kneipe in einem Multikulti-Gebiet von Münster wird als internationale Küche wiedereröffnet, in der Hausfrauen aus aller Herren Länder für Gäste das exerzieren, was sie gut können: schmackhafte heimische Gerichte zu kochen. Eine ehemalige Feuerwache in Duisburg haben vor allem Migranten übernommen. Sie bieten dort jetzt Hausaufgabenbetreuung, Existenzgründerberatung für Menschen mit fremder Herkunft, betreiben natürlich auch hier eine Gastronomie und bieten im Veranstaltungsteil dem Nachwuchs aus Migrantenfamilien eine kulturelle Plattform für Auftritte, die längst nicht mehr importiert, aber deswegen noch lange nicht deutsch sind, sondern eine ganz neue Kultur darstellen. Selbst der Bau von Duisburgs Moschee, der größten in Deutschland, läuft mit Hilfe dieses Projekts.

Alle Projekte bewegen sich an der Grenze von Stadterneuerung und Stadtentwicklung

Alle Projekte bewegen sich an der Grenze von Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Bei allen – mit Ausnahme der Moschee – ist der Nukleus ein altes Gebäude, das oft jahrelang leer stand, weil eine Nutzungsidee fehlte, kein Geld da war oder Bedenkenräger die Oberhand hatten. Gefördert wird grundsätzlich der Bau und der Betrieb, jedenfalls über die ersten drei Jahre. Danach muss der Verein das Projekt insgesamt acht bis 15 Jahre lang betreiben, damit sich die investierten Gelder lohnen. So weit Gebäude nicht gekauft, sondern gemietet werden, müssen die Eigentümer vertraglich zusichern, danach weiterhin moderate Mieten zu nehmen.

Alle Förderanträge laufen über den Tisch der Kommunen, landen aber bei den Bezirksregierungen, und die entscheiden allein. Ist das Projekt so belastbar, dass es sich zu tragen verspricht, wagt kaum eine Kommune einen ernsthaften Einspruch. Dazu ist die Förderung mit Landesmitteln einfach zu attraktiv. Empfehlungen gibt ein Beirat, der vom Land berufen und bezahlt wird. Die zwölf Persönlichkeiten dieses Kreises sind unabhängige Denker mit großer Erfahrung. Sie sind niemandem außer der Sache verpflichtet, auch nicht dem Staat. Entschieden wird dann auf Landesebene in der Regel gemäß der Empfehlung. Das zentrale Projektteam begleitet jede Bürgerinitiative bei ihrer Arbeit vom Beginn der Sanierung bis über die drei Jahre, in denen sich Betriebsroutine einstellen muss.

Angelpunkt dieses Konzepts sind die bürgerschaftlichen Vereine. Was sie an ehrenamtlicher Tätigkeit in die Planung und in den Betrieb ihrer Projekte stecken, wird nicht gerechnet; nur Bauleistungen mindern den 20prozentigen Eigenanteil. Insofern ist das Gesamtprojekt volkswirtschaftlich betrachtet auch noch ein sinnvolles Geschäft. Denn hier werden sonst brach liegende Ressourcen kostenfrei nutzbar gemacht. Natürlich fragten die Zuhörer Boll, ob dies nicht ein bundesweites oder bayerisches Modell sein könnte. Aber der gab den Ball zurück: Sein Revier sei NRW, mit Beratung helfe er gern, aber die Bayern müssten sich schon selbst organisieren. Bolls bayerischer Partner ist der Architekt Thomas Hartmann (thomas.hartmann@urbanewohnen.de). Damit gibt es für eine Adaption dieses NRW-Erfolgsmodells im Freistaat mindestens schon einmal eine Adresse.

Gernot Brauer

Forums-Arbeitskreis Bildung bereitet Podiumsdiskussion zum Schulausbau vor:

Am 21. 11. 06 geht es um die Qualität von Schulgebäuden

Der AK Bildung hinterfragt die Grundsätze, nach denen Schulgebäude entstehen.

In einer öffentlichen Podiumsdiskussion am 21. November abends um 19 Uhr können Sie mit einer Architektin, einer Pädagogin, einer Elternsprecherin, einem Schülervertreter und einem Stadtrat und Mitglied des kommunalen Finanzausschusses darüber diskutieren, welche Art von Schule ihren Zweck am besten erfüllt. Die Debatte wird im der Hildegard von Bingen Grundschule laufen. Impulsreferate kommen vom Akustiker Peter Hammelbacher und voraussichtlich vom Schulreferat. Zur endgültigen Abstimmung tritt sich der AK Bildung am 17. Oktober um 16.00 Uhr im Restaurant Cohen's, Theresienstraße 31, Rückgebäude.

Das ist Mehrweg-Mobilität: Zuerst fliegen und dann Auto fahren – mit der Bahn:

Nach Bike jetzt auch Car Sharing am Flughafen mit der Bahn

Attraktiver Nahverkehr hat viele Facetten. Zwei davon sind das Leihauto und das Leihrad. Wesentlich problemloser als bei Stattauto, dafür aber auch teurer, kann man sich ab sofort am Flughafen ausgerechnet bei der Deutschen Bahn ein Leihauto mieten. Verglichen mit klassischen Autovermietungen für Geschäftsleute ist die Offerte der Bahn gleichwohl attraktiv. Und das Leihrad wird immer populärer. Zusammen sind beide Mobilitätsangebote zwei, wenn auch kleine Hebel zur Vermeidung unnötigen Straßenverkehrs.

Mit fünf Euro pro Stunde ist man dabei: Zu diesem Preis vermietet die Bahn tagsüber einen Kleinwagen, für einen Euro mehr einen Mittelklassewagen an jeden, der sich vorher in einem Bahnhof oder im Internet (www.dbcarsharing.de) dafür registrieren lässt. Eine der 20 Mietstationen hat die Bahn jetzt am Münchner Flughafen eingerichtet. Wer dort einen DB-Mietwagen will, wird für einen Aufschlag von einem Viertel auf den Mietpreis zehn Minuten weit zum Parkplatz gefahren und kann dort das Auto übernehmen. Eine rasante Nachfrage erwartet die Bahn allerdings nicht, denn zunächst stellt sie auf dem Schindlerhof am Flughafen nur einen einzigen Kleinwagen und einen Mittelklassewagen für diesen Service bereit.

Zum Vergleich: Stattauto hat im Münchner S-Bahn-Bereich 69 Fahrzeugausgabestellen, allerdings keine am Flughafen. Dort kostet die Stunde Kleinwagen zwar nur zwei Euro (diesen Preis nimmt die Bahn ab 20 Uhr abends), dazu kommen aber 20 Cent pro gefahrenem Kilometer einschließlich Benzin, sieben Euro Monatsgebühr auch wenn man nicht fährt, 50 Euro Anmeldepauschale und 500 Euro Kautions.

Leihfahrrad-Angebote kommen gut an – München ist Spitzenreiter

Außerdem hat die Bahn in München in der Saison (21. März bis Mitte Dezember) gut tausend Leihfahrräder in Betrieb. 60 Prozent werden durchschnittlich täglich mindestens einmal benutzt, an schönen Tagen melden sich bis zu 1,7 Mieter pro Rad und zahlen drei Euro die Stunde, fahren aber meist nicht sehr lange (durchschnittlich 22 Minuten, selten vier Stunden, nur sehr vereinzelt auch einen ganzen Tag). Der Zuspruch zu den Rädern wächst stetig. München ist mit Berlin die beliebteste Rad-Sharing-Stadt in Deutschland. Berlin hat zwar mehr Räder und Kunden, aber Münchens Bahn-Räder sind besser ausgelastet als irgendwo sonst in Deutschland. Wer Räder nicht so gern bei der Bahn leiht, hat bei radiusmunich.com im Starnberger Flügelbahnhof eine Alternative. Ein Dreigang-Rad kostet dort drei (ein 21-Gang-Rad vier) Euro pro Stunde, 14 € am Tag oder 43 € pro Woche. Gernot Brauer

Ein Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt zum Münchner Stadtjubiläum 2008

Der Münchner Baustil zwischen Bozen und Budapest

Münchner Maßstäbe

Wechselwirkungen der Münchner Baukultur in Mitteleuropa



München, Mariannenplatz/Thierschstraße 25–29, Wohnhaus, erb. 1889 von Lieske & Littmann.



Wien, Linke Wienzeile 42, Wohnhaus, erb. 1896–1897 von Krumke & Kohl.

Zwei Häuser, ein Stil: Nur ein Beispiel für vielfältige Wechselwirkungen des Münchner Baustils in Mitteleuropa zwischen Bozen und Budapest.

Ein Forschungsprojekt von Dr. Dieter Klein hat die weit über Deutschland ausstrahlende Bedeutung Münchner Architekten auf Länder der früheren k.u.k. Monarchie untersucht und in erheblichem Umfang bisher unbekanntes Material zusammengetragen. Es belegt, dass die in München bis heute stadtbildprägende Baukultur aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (Architekten Dülfer, Fischer, Hauberrisser, Seidl und andere) in hohem Maß auch international ausstrahlte. Vorwiegend in Norditalien, in Österreich, in Tschechien und in Ungarn hat sie zahlreiche bauliche Zeugnisse hinterlassen. Zugleich lassen sich auch Einflüsse aus der Tradition dieser Länder auf die Entwicklung des Münchner Stadtbildes nachweisen.

Den Münchner Architekten der damaligen Zeit ist es in hohem Maß gelungen, durch realisierte Bauaufträge kulturelle Brücken zwischen München und Städten in benachbarten Ländern zu schlagen. Das Motto des Stadtjubiläums „Brücken bauen“ wurde mit dieser kulturellen Leistung quasi vorweg verwirklicht. Diese Ausstrahlung Münchens wurde in Deutschland bisher kaum zur Kenntnis genommen; lediglich in Österreich, Tschechien, Polen und Bulgarien wurde hierüber sehr vereinzelt berichtet. Es handelt sich also um einen weitgehend ungehobenen Schatz.

Das Münchner Forum schlägt vor, im Jubiläumsjahr eine geeignete Auswahl des umfangreichen Materials für eine in München zu zeigende Ausstellung auszuwählen. Ob diese nach dem Stadtjubiläum auch in Nachbarländern gezeigt werden soll, ist offen. Das vorliegende Bildmaterial lässt sich anschaulich aufbereiten. Da die Mehrzahl der darzustellenden in München errichteten Bauten noch besteht und zum Teil sehr bekannt ist (Rathaus, Schulbauten, Müllersches Volksbad usw.), korrespondierende Bauten in anderen Ländern in München jedoch überwiegend ganz unbekannt sind, entsteht ein spannungsvolles Doppelspiel aus Wiedererkennung und Neuinformation. Die Ausstellung über den Münchner Stil zwischen Bozen und Budapest kann deshalb sowohl ein Fachpublikum wie auch den Bürger anziehen.

Die Ausstrahlung des Münchner Stils auf die mitteleuropäische Baukultur brach 1914 kriegsbedingt ab. In einer Gesprächsreihe im Rahmen der Ausstellung soll erörtert werden, ob und auf welcher Art sich in den letzten Jahrzehnten und in der Gegenwart in der Baukultur ein neuer Münchner Stil herausgebildet hat, ob und wie weit er ausstrahlt und ob und wie weit es wünschenswert ist, für Bauaufgaben (wieder) einen spezifisch Münchner Stil zu kultivieren. Das Münchner Forum bittet deshalb die Mitglieder der Projektgruppe Stadtjubiläum, das Projekt inhaltlich und finanziell in ihre Planungen aufzunehmen.

Gernot Brauer

Zukunft Stadt: Wie verändert der Bau von Moscheen unsere Städte?

Wenn der Muezzin ruft – zum Streit um den Moscheebau

„Was denn? Das soll eine Moschee werden? Das sieht ja aus wie ein x-beliebiges Haus. Wenn wir eine Moschee genehmigen, meine Herren, dann eine richtige, mit Kuppel und Minarett – oder gar nichts.“

Die Herren von der Ditip waren verblüfft. So hatten sie sich einen deutschen Bürgermeister nicht vorgestellt. Aber Georg Barfuß, seinerzeit im schwäbischen Lauingen in diesem Amt, überzeugte seine Gesprächspartner von der staatlich gelenkten türkischen Muslimen-Organisation Ditip, die in Deutschland die meisten Moscheen errichtet (auch Münchens zweite Moschee am Gotzinger Platz soll von der Ditip gebaut werden), dass er keine halben Sachen genehmigen werde. So ist denn dieses Städtchen schon Mitte der 1990er Jahre an eine veritable Moschee gekommen – Stolz und Heimat der Muslime und längst Teil der Fremdenverkehrswerbung dieser Stadt.

Szenenwechsel: Als die Stadtväter von Bobingen bei Augsburg neben einem zur Moschee umfunktionierten Gasthaus ihres Ortes ein Minarett genehmigen sollten, lehnten sie rundheraus ab. Eine dreihundert Meter entfernte Wallfahrtskirche hätte darunter angeblich gelitten. Die Moslem-Gemeinde zog vor Gericht, dreimal, erlebte, dass die Richter eine Feuerwehrlieferant anfahren ließen, um die Höhe des geplanten Minaretts zu simulieren, sahen mit Befriedigung, dass das Gericht nichts Nachteiliges feststellen konnte, erwirkten schließlich zwei Urteile und schlussendlich einen Vergleich. Seither haben sie es vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof schriftlich: Artikel 4 des Grundgesetzes schützt die Freiheit der Religionsausübung aller Religionen; und Gotteshäuser sind nun einmal ein zentraler Bestandteil der Glaubenspraxis.

Das Minarett gehört zu einer Moschee wie der Turm zu einer christlichen Kirche

Das Minarett gehört zu einer Moschee wie der Turm zu einer christlichen Kirche. Hat eine Gemeinde einen nennenswerten muslimischen Bevölkerungsanteil, dann hat der auch ein Recht auf ein eigenes Zentrum, zumal dieses ja regelmäßig sehr viel mehr ist als nur ein Gebetsraum. Der Komplex einer Moschee umfasst – wie das Gemeindehaus neben einer christlichen Kirche auch, von einem Kloster gar nicht zu reden – Kindergarten und Schule, Jugendtreff und Hausaufgabenbetreuung, Gasthaus und Wohnung, Sozialhilfe und Freizeitbetreuung. Moscheen sind ein Stück Heimat für Menschen muslimischen Glaubens und – so sagen sie – Zeichen dafür, dass die andersgläubige (aber auch die ungläubige) Gesellschaft sie als gleichberechtigt anerkennt.

In Deutschland, erinnerte Dr. Thomas Schmitt vom Bayreuther Universitätslehrstuhl für Stadtgeografie und Geografie des ländlichen Raumes, ist das Nebeneinander von christlichen und anderen Religionen Jahrhunderte lang Alltag gewesen. Mit dem Wiederaufbau von Synagogen wird das erst langsam wieder erlebbar. Dass das christlich-jüdische Zusammenleben durch ein christlich-muslimisches ergänzt wird, wird von den Kirchen denn auch weithin begrüßt. In einem Vortrag im Rahmen der Reihe Zukunft Stadt der Volkshochschule und des Münchner Forums berichtete Schmitt am 4. Oktober im Gasteig, dass das aber nicht alle Menschen so sehen. Moscheen durchzusetzen ist vielerorts noch ein Kraftakt. Nicht selten werden sie in Gewerbegebiete abgeschoben, wo sie, wie man sagt, wenig stören. Es gibt allerdings auch Religionsgemeinschaften, die das dort problemlosere Parken durchaus schätzen; schließlich wohnen ihre Gemeindeglieder nicht eng beieinander, sondern haben oft lange Wege zu fahren, meist mit dem Automobil.

Moscheen in intakten Vierteln zu bauen, ist ein Gebot der Fairness und der Vernunft

Im hessischen Hockenheim steht die Moschee ebenso in einem Gewerbegebiet wie im bayerischen Penzberg. Das mag noch angehen – schwierig wird es, wenn Moscheen in Stadtteilen gebaut werden, die sozial abrutschen können und wo die eingesessene Bevölkerung tendenzi-

ell wegzieht, wenn die Muezzins kommen. Es ist deshalb wichtig, dass Moscheen – und angesichts der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland mit immer weniger deutschstämmigen Kindern werden wir immer mehr Moscheen bekommen – in intakten Vierteln entstehen, in denen das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen das soziale und ökonomische Netz nicht besonders belastet. Es ist nicht nur ein Gebot der Fairness gegenüber andersgläubigen Nachbarn, sondern auch ein Gebot der Vernunft, solche Einrichtungen in intakte Viertel zu setzen, in denen sie sich assimilieren.

Das schließt Konflikte nicht aus. Schmitt plädierte dafür, sie einfühlsam, gewaltfrei und kreativ auszutragen. „Ein Bau macht viel möglich“, sagte Schmitt, „wenn die Beteiligten daran interessiert sind, dass etwa möglich gemacht wird.“ Er erläuterte, warum Moscheen in Deutschland relativ uniform aussehen: weil die meisten Muslime hierzulande Türken sind und daher osmanische Bautraditionen das Bild der muslimischen Gemeinden beherrschen. Es gebe aber durchaus auch moderne Moscheen. So lange sich die Gläubigen mit traditionellen Bauformen identifizieren, gibt Schmitt neuzeitlich aussehenden Moscheen in Deutschland aber nur geringe Chancen.

Wenn der Muezzin ruft – ja wenn. Wo Moscheen gebaut werden und Minarette dazu, erschallt noch längst kein öffentlicher Gebetsruf. Auf die besorgte Frage einer Zuhörerin, ob denn am Gotzinger Platz bald jeden Morgen um fünf ruhestörenderweise vom Minarett zum ersten Morgengebet gerufen werde, konnte der Vorsitzende des zuständigen Bezirksausschusses Sendling, Günter Pelkowski, beruhigen: Für Münchens zweite Moschee ist grundbuchamtlich gesichert, dass nicht nur morgens um fünf kein öffentlicher Gebetsruf erschallt, sondern überhaupt nicht. Kirchenglocken, so lässt sich vermuten, haben die anfragende Zuhörerin bisher nicht gestört.

Gernot Brauer

Und zum Schluss: In drei Monaten ist wieder Weihnachten. Ein Geschenk gefällig?

Das Forumsmitglied Dr. Dieter Klein hat nach zwanzigjähriger Pause für das Jahr 2007 wieder einen Abreißkalender gestaltet. Das stimmt im doppelten Sinn: Die abreißbaren Blätter dokumentieren in Beispielen Abrisse im Münchener Stadtbild. Für jeden Monat gibt es Fotos mit Veränderungen im Stadtbild als Vorher-Nachher-Situationen, auf der Vorderseite als Kalenderblatt, auf der Rückseite als Postkarte. Interessiert? Der Kalender kostet 16 Euro, für Forumsmitglieder nur 13 Euro. Rufen Sie bei Interesse bitte unter 282076 an oder schreiben Sie ein Email an info@muenchner-forum.de. Das Forum leitet Ihre Bestellung an den Verlag weiter. Sie können Ihren Kalender auch direkt im Münchner Forum in der Geschäftsstelle abholen.